



Annette Groth

Mitglied des Deutschen Bundestages
Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 227 – 77207
Fax 030 227 – 76207
E-Mail: annette.groth@bundestag.de

Pressemitteilung

28. Januar 2016

Anlässlich einer gemeinsamen Presseerklärung der EU-Missionen in Jerusalem und Ramallah zu Administrativhaft in Israel erklärt die menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Annette Groth:

Völker- und Menschenrecht müssen eingehalten werden!

- **Schutz vor willkürlicher Haft und Recht auf ein faires Gerichtsverfahren sicherstellen! –**

Gestern haben die EU Missionen in Jerusalem und Ramallah gemeinsam ein Statement veröffentlicht, in dem andauernde Besorgnis über die exzessive Anwendung von Administrativhaft durch Israel geäußert wird.

Die angewandte Form der Haft ist ohne Anklage und damit ohne Aussicht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren. Die Häftlinge wissen oft nichts über die Gründe ihrer Verhaftung außer dem Hinweis, es lägen „geheime Beweise“ gegen sie vor. Diese Beweise können weder von den Häftlingen noch deren AnwältInnen eingesehen werden. Administrative Haftbefehle sind zeitlich beschränkt, können aber beliebig oft verlängert werden. Sie werden nicht von der Judikativen, sondern von exekutiven Kräften erlassen.

Dazu Annette Groth: „Im Dezember 2015 befanden sich 660 Menschen ohne Anklage in Haft. Unter ihnen zwei Mitglieder des palästinensischen Legislativrates und mindestens vier Minderjährige. Für Kinder sind unter der Militärlegislative keine gesonderten Bestimmungen vorgesehen und somit ist Administrativhaft gegen Kinder genauso wie gegen Erwachsene anwendbar. Auch ihnen wird in der Regel der Besuch von Familienangehörigen verweigert und Eltern entgegen den Bestimmungen des internationalen Rechts das Beisein bei Befragungen verwehrt.

Bekannt geworden ist in den letzten Wochen besonders der Fall des Zirkusartisten Mohammad Faisal Abu Sakha und des Journalisten Mohammad Al-Qiq, der sich seit dem 25.11.15 aus Protest in Hungerstreik befindet und dessen Gesundheitszustand sich seitdem massiv verschlechtert hat. Die 25-tägige Befragung des Journalisten ging nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Addameer mit Folter einher.



Annette Groth

Mitglied des Deutschen Bundestages
Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 227 – 77207
Fax 030 227 – 76207
E-Mail: annette.groth@bundestag.de

Pressemitteilung

Die Anwendung von Administrativhaft ist im internationalen Recht nur unter Ausnahmenbedingungen erlaubt und mit strengen Auflagen versehen. Israel nutzt diese Form der Haft jedoch routinemäßig und systematisch, was den Auflagen widerspricht. Der administrative Haftbefehl wird nicht von einem unabhängigen Gericht, sondern in der Regel lediglich von MilitärkommandantInnen überprüft. Administrative Haftbefehle können nach sechs Monate erneut bestätigt werden, sodass sich einige PalästinenserInnen über Jahre hinweg in Administrativhaft befinden, ohne Aussicht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren oder Entlassung. Hinzu kommen schlechte Haftbedingungen: die medizinische Versorgung ist mangelhaft und in israelischen Gefängnissen wird weiterhin gefoltert. Einzelhaft sowie körperliche und psychische Misshandlungen sind Mittel, um Geständnisse sowie Informationen zu erlangen.“

Annette Groth weiter: „Die systematische und exzessive Anwendung der Administrativhaft, die seit Oktober 2015 einen erneuten Höhepunkt erreicht hat, ist völkerrechtswidrig und stellt einen schweren Bruch internationalen Rechts dar! Ich fordere die sofortige Beendigung von Administrativhaft!

Wird Administrativhaft dennoch angewandt, muss sie unter allen Umständen mit internationalem Recht vereinbar sein. Ich fordere die Bundesregierung auf, eindringlich an die israelische Regierung zu appellieren, Menschen- und Völkerrecht einzuhalten und das Recht auf ein faires und unabhängiges Gerichtsverfahren sowie den Schutz vor willkürlichen Verhaftungen sicherzustellen! Administrativhaft erschwert maßgeblich einen gerechten Frieden für die Menschen in Israel und Palästina und beraubt PalästinenserInnen ihrer Menschenrechte.“